



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 24.7.2015
C(2015) 5024 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 24.7.2015

**über das Jahresaktionsprogramm 2015 für die Republik Namibia zulasten des 11.
Europäischen Entwicklungsfonds**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 24.7.2015

über das Jahresaktionsprogramm 2015 für die Republik Namibia zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das im Rahmen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) erstellte nationale Richtprogramm (NRP) 2014-2020 für die Zusammenarbeit zwischen der Republik Namibia und der Europäischen Union³ angenommen, das auf die Prioritäten der Regierung in den folgenden zwei Schwerpunktbereichen ausgerichtet ist: i) Bildung und Qualifizierung und ii) Landwirtschaft. Das NRP sieht außerdem Maßnahmen zur Förderung der Zivilgesellschaft und zur Unterstützung oder Begleitung der Programmdurchführung vor.
- (2) Ziel des Jahresaktionsprogramms zulasten des 11. EEF⁴ ist es, erstens die Ausbildung und Qualifizierung der Bevölkerung als entscheidende Voraussetzung für die Umwandlung Namibias in ein weltweit wettbewerbsfähiges Land zu fördern und zweitens sowohl die Programmierung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen als auch die Arbeit des Nationalen Anweisungsbefugten (NAO) und die berufliche Weiterentwicklung der Mitarbeiter des Büro des NAO und anderer für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Namibia wichtiger Stellen zu unterstützen.
- (3) Die Maßnahme „Unterstützung der beruflichen Aus- und Weiterbildung“ zielt darauf ab, den Zugang zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in Namibia zu verbessern und deren Qualität und Relevanz zu erhöhen. Dieses Ziel soll durch die Einrichtung einer Ausbildungsplattform und die Durchführung einer Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema berufliche Aus- und Weiterbildung erreicht werden.

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

³ Beschluss C(2014) 7781 der Kommission.

⁴ Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013).

- (4) Die Maßnahme „Unterstützung des Nationalen Anweisungsbefugten/der Nationalen Planungskommission“ ist darauf ausgerichtet, aus Mitteln des 10. und des 11. Europäischen Entwicklungsfonds finanzierte Maßnahmen sowie andere von der EU finanzierte Initiativen gezielt zu unterstützen, die Kapazitäten der Nationalen Planungskommission zur Verwaltung der öffentlichen Entwicklungshilfe insgesamt zu stärken und einen Beitrag zur erfolgreichen Durchführung, Verwaltung, Überwachung und Evaluierung der nationalen Entwicklungspläne zu leisten.
- (5) Die Maßnahme „Fazilität für technische Zusammenarbeit“ dient der Unterstützung bei der Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds und möglicherweise einer Halbzeitbewertung des NRP für Namibia.
- (6) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁵ erlassen werden, der aufgrund von Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung findet.
- (7) Es muss ein Arbeitsprogramm für Zuschüsse gemäß den detaillierten Bestimmungen des Artikels 128 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 188 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 angenommen werden. Das Arbeitsprogramm ist diesem Beschluss beigelegt (Anhang I Abschnitt 5.3.1).
- (8) Die Kommission sollte der in diesem Beschluss genannten Einrichtung – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte hat im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 sicherzustellen, dass diese Einrichtung ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleistet, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Diese Einrichtung erfüllt die Bedingungen des Artikels 60 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Verordnung Nr. 966/2012 und die erforderlichen Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen wurden getroffen.
- (9) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Eine Beschreibung dieser Maßnahmen und der übertragenen Aufgaben ist in den Anhängen 2 und 3 zu diesem Beschluss beigelegt.
- (10) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Rates und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.

⁵ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

- (11) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 sollte die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde mit Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet⁶ –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Das in den Anhängen beschriebene Jahresaktionsprogramm 2015 für die Republik Namibia zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Das Programm umfasst folgende Maßnahmen:

- Anhang 1: Unterstützung der beruflichen Aus- und Weiterbildung;
- Anhang 2: Programm zur Unterstützung des Nationalen Anweisungsbefugten/der Nationalen Planungskommission;
- Anhang 3: Fazilität für technische Zusammenarbeit.

Artikel 2

Finanzbeitrag

Der Höchstbeitrag der Europäischen Union zur Durchführung des in Artikel 1 genannten Programms beläuft sich auf 15 000 000 EUR zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds.

Der in Absatz 1 genannte Finanzbeitrag kann auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Die Haushaltsvollzungsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung können vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarungen den in den Anhängen 1, 2 und 3 genannten Einrichtungen übertragen werden.

Im Abschnitt „Durchführung“ der Anhänge zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

⁶ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 20 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 94 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der delegierten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1268/2012 als nicht substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel genannte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 24.7.2015

*Für die Kommission
Neven MIMICA
Mitglied der Kommission*